



ASSEX Karteikarten

ÖFFENTLICHES RECHT

**Das Prüfungswissen in Karteikartenform
mit länderspezifischen Formalien**

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/
Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR •
GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

Baden-Württemberg

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)



Öffentliches Recht Baden-Württemberg

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.



Assessorkarteikarten
Öffentliches Recht
Baden-Württemberg



Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:

- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids



Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:

- allg. Aufbau
- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Kostenfestsetzungsentscheidung
- außerverfahrensrechtliche Kosten

Begründung des Widerspruchsbescheids



Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Beschluss/vorl. Rechtsschutz
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Anwaltsklausur
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens

- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

**Entwurf eines Antrags auf vorläufigen
Rechtsschutz**

**Entwurf einer
Klagerwiderung/Antragserwiderung**

Entwurf eines Mandantenschreibens

Jura Inten...



Öffentliches Recht
Verwaltungsrecht AT
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV LVwVfG
- Anwendbarkeit der §§ 48, 49 LVwVfG neben § 15 GastG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht
Verwaltungsprozessrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage

- Verpflichtungsklage
- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit

Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht
Kommunalrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Grundbegriffe

Gemeindeorgane

Vertretung der Gemeinde

Kommunalverfassungsverstreit

Bürgerbegehren

Internes Aufsichtsrecht des BM

Hausrecht

**Anspruch auf Zugang zu öffentlicher
Einrichtung**

Befangenheit

Satzungsrecht

Wirtschaftliche Gemeindebetätigung

**Kommunalaufsichtsrecht und
gemeindliche Aufgaben**



Öffentliches Recht
Grundrechte
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Begründetheit VB - Freiheits-GR

Begründetheit VB - Gleichheits-GR

Besonders examensrelevante Grundrechte

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I 1 GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 I, II GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1 1. Fall GG

- Kunstfreiheit: Art. 5 III 1 1. Fall GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung:
Art. 13 GG



Öffentliches Recht
Polizeirecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Maßnahme der Polizei

- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Verursacherbegriffe (sog. Störer)
- Unbeteiligte Person (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Polizeipflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Polizeiverordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- Arten der Verwaltungsvollstreckung / unmittelbaren Ausführung
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Vollstreckungsverfahren
- Unmittelbare Ausführung

Spezielle abdrängende

Sonderzuweisung



Öffentliches Recht
Staatshaftungsrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht:

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Gefahrenabwehrrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Baurecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich
- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich

- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Baurechtsbehörden

- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot/Abbruch
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht
Ausländerrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematik des AusländerR

Passpflicht und Aufenthaltstitel

Arten des Aufenthaltstitels

Anspruch auf Aufenthaltstitel

Beendigung des Aufenthalts

Rechtmäßigkeit einer Abschiebung

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Beamtenrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Grundwissen zum Beamtenrecht

Grundbegriffe des Beamtenrechts

Rechtliche Grundlagen

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Straßenrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematische Einordnung des StraßenR

Arten der öffentlichen Sachen

Abgrenzung StraßenR ↔ StraßenverkehrsR

**Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/
Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Europarecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Allg. Diskriminierungsverbot

Unionsrechtl. Staatshaftungsanspruch

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Wasserrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematik des Wasserrechts

Drittschutz im Wasserrecht

Anspruch auf Erlaubnis bzw. Bewilligung

Wasserschutzgebiete

**Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der
Wasserbehörde**

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Immissionsschutzrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematik des Immissionsschutzrechts

Genehmigungsbedürftige Anlagen:

- Anspruch auf Genehmigung
- Nachträgliche behördliche Maßnahmen
- Drittschutz

Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen:

- Rechtmäßigkeit behödl. Maßnahmen
- Drittschutz

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Bodenschutzrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematik des Bodenschutzrechts

Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Bodenschutz- und Altlastenbehörde:

- Untersuchungsanordnung
- Anordnung zur Durchsetzung bodenschutzrechtlicher Grundpflichten
- Kostenbescheid

Drittenschutz

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Naturschutzrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematik des Naturschutzrechts

Eingriff in Natur und Landschaft

- Begrifflichkeit
- Rechtsfolgen des Eingriffs

Verhältnis zum Baurecht

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
**Behörde/Rechtsträger/
Passivlegitimierter**
Baden-Württemberg

Behörde und Rechtsträger/Passivlegitimierter

Nenne die examensrelevantesten Behörden in Baden-Württemberg und ihren Rechtsträger/ den Passivlegitimierten.

Raum für eigene Anmerkungen:



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**LVwVfG/
LVwZG**

Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Entwurf

Ausgangsbehörde

Ort und Datum

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr .../ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn ..., folgenden

BESCHIED

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Grußformel und Unterschrift

- 1. Warum ist die Ausgangsbehörde zu nennen?**
- 2. Was ist bei der Behördenbezeichnung zu beachten?**
- 3. Wann ist eine Zustellung erforderlich?**
- 4. Was ist beim Adressaten zu beachten?**

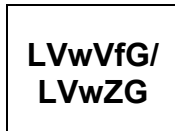
Raum für eigene Anmerkungen:

1. Folgt aus §§ 37 III 1, 44 II Nr. 1 LVwVfG.
2. Die Behörde darf **nicht mit ihrem Rechtsträger** (z.B. der Gemeinde/Stadt) **verwechselt** werden. Auch ist strikt **zwischen der Behörde und der Organisationseinheit zu trennen**, die für die Behörde handelt (z.B. Bauamt).
3. Zustellung ist erforderlich, wenn **gesetzlich vorgeschrieben**. Im Übrigen ist es die freie Entscheidung der Behörde, ob sie zustellt. Ist üblich bei **belastenden Verwaltungsakten** (VA).
4. Wenn der Adressat einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 LVwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Wegen § 5 IV LVwZG ist das Empfangsbekanntnis (EB) als Zustellungsart zu wählen. **Fehlt Bevollmächtigung**, ist die **Postzustellungsurkunde** (PZU) üblich.
Bei **einfacher Bekanntgabe** eines VA hat die Behörde bzgl. des Adressaten ein **Ermessen**, § 41 I 2 LVwVfG. **Üblich** ist es aber auch hier, an den **Bevollmächtigten** zu adressieren.

Raum für eigene Anmerkungen:



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (3)	



- 1. Was ist mit **Betreff** und **Bezug** gemeint?**
- 2. Wer wird im **Bescheid** angesprochen, wenn ein **Bevollmächtigter** bestellt ist?**
- 3. In welchem **Stil** wird der **Bescheid** abgefasst?**
- 4. Ist der **Bescheid** immer mit dem Wort „**Bescheid**“ zu überschreiben?**

Raum für eigene Anmerkungen:



Verfahrensrechtl. Teil	WS-Bescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 73
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zustellvermerk

Ort und Datum

Tel.:

Name

Az.: ...

Adressat

Betreff

Sehr geehrter Herr ...,
auf Ihren Widerspruch ergeht folgender

WIDERSPRUCHSBESCHEID

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. Kostenfestsetzungsentscheidung
5. § 80 I 1 LVwVfG oder § 80 I 3 LVwVfG
6. Ggf. § 80 II LVwVfG

Gründe:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

i.A. Unterschrift

- 1. Warum ist die Widerspruchsbehörde zu nennen?**
- 2. Warum ist ein Zustellvermerk erforderlich?**
- 3. Was ist beim Adressaten zu beachten?**
- 4. Was ist bei der Formulierung des Betreffs zu beachten?**
- 5. Was ist bei der Bezeichnung/Ansprache des Widerspruchsführers zu beachten?**
- 6. An wen ist der Widerspruchsbescheid im Falle eines Drittwiderspruchs zu richten?**

1. Folgt indirekt aus § 44 II Nr. 1 LVwVfG. Der WS-Bescheid ist zwingend nichtig, wenn er die erlassende Behörde nicht erkennen lässt.
2. Der WS-Bescheid muss gem. § 73 III 1 VwGO zugestellt werden. Die **Zustellung** erfolgt gem. § 73 III 2 VwGO nach den Regelungen des VwZG des **Bundes** (also **nicht** nach dem LVwZG zitieren).
3. Wenn der Widerspruchsführer (WF) einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Eine Zustellung an den Mandanten löst keinerlei Rechtswirkungen aus.
4. Der Betreff soll sich **nicht** in **allgemeinen Umschreibungen** erschöpfen (z.B. „Widerspruch vom ... gegen polizeirechtliche Maßnahme“), **sondern** die **konkret angegriffene Maßnahme** benennen (z.B. „Widerspruch vom ... gegen Platzverweis am ... in Mannheim“).
5. Der WF wird im **Einleitungssatz direkt angesprochen**, auch wenn er einen Bevollmächtigten hat. Der **WS-Bescheid selbst** ist hingegen in der **dritten Person** zu formulieren.
6. Wird der **Dritt-WS zurückgewiesen**, richtet sich der **WS-Bescheid an den WF**. Der **Adressat des Ausgangsbescheids** erhält informatorisch den **WS-Bescheid in Kopie**. Hat der **Dritt-WS Erfolg**, richtet sich der **WS-Bescheid an den Adressaten des Ausgangsbescheids**. Der **WF** erhält einen **verkürzten**, auf seine Interessen zugeschnittenen **WS-Bescheid**, in dem **auf den ausführlicheren WS-Bescheid an den „Unterlegenen“ verwiesen** wird. Letztgenannter WS-Bescheid wird zudem **in Kopie beigelegt**.



Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 117
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht ...
Im Namen des Volkes
Urteil**

In der Verwaltungsrechtssache
des Herrn ..., (Adresse)

- Kläger -

prozessbevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Bürgermeister, ... (Adresse)

- Beklagte -

beigeladen: ...

prozessbevollmächtigt: ...

wegen

hat das VG ... - 10. Kammer – durch den Vorsitzenden Richter am VG ..., den Richter am VG ..., den Richter ...
sowie die ehrenamtlichen Richterinnen ... und ... auf die mündliche Verhandlung vom ...

für Recht erkannt:

Sachauspruch

Kostenentscheidung

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Unterschriften

Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (2)	

1. Warum ergeht das Urteil „Im Namen des Volkes“?
2. Alternativbezeichnungen für „Verwaltungsstreitverfahren“?
3. Was gehört alles zum Rubrum?
4. Was ist bei der Bezeichnung des Klägers zu beachten? Wie ist bei mehreren Klägern vorzugehen?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wegen § 117 I 1 VwGO.
2. „Verwaltungsrechtssache“, „Verwaltungsrechtsstreit“, „Verwaltungsprozess“.
3. Zum **Rubrum** gehören die Angabe der **Beteiligten** (§ 117 II Nr. 1 VwGO) sowie des **Spruchkörpers** (§ 117 II Nr. 2 VwGO).
4. Bei der Bezeichnung des Klägers ist es im Urteil üblich, in den Nominativ zu wechseln und nicht im **Genitiv** zu verbleiben. Dann muss die **Bezeichnung „Kläger“** **allerdings sichtbar aus dem Genitiv-Satz herausgelöst** werden. Das geschieht **durch Parenthese**, also „- **Kläger** -“. Sollte der **Genitiv beibehalten** werden, muss **hinter der Adresse und dem Wort „Kläger“ ein Komma** gesetzt werden.
Gibt es **mehrere Kläger**, ist es ratsam, sie mit **„Kläger zu 1)“**, **„Kläger zu 2)“** etc. zu kennzeichnen. Die **Zahlen 1., 2.** etc. zu verwenden und dem Namen des Klägers voranzustellen kann zu **Irritationen** führen, wenn im **Tenor einmal eine Nummerierung erforderlich ist**, da dies dann auch mit 1., 2. erfolgt. Die Verwendung **römischer Ziffern** ist **nicht sinnvoll**, weil beim **gerichtlichen Beschluss die „Gründe“ mit „I.“ und „II.“ unterteilt werden**. D.h. die Nummerierung der Kläger/Antragsteller könnte dann bei den gerichtlichen Entscheidungen nicht einheitlich erfolgen.



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (1)	

§ 122
VwGO

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht ...
Beschluss**

In der Verwaltungsrechtssache
des Herrn ..., (Adresse)

- Antragsteller -

prozessbevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Bürgermeister, ... (Adresse)

- Antragsgegnerin -

beigeladen: ...

prozessbevollmächtigt: ...

wegen

hat das VG ... - 10. Kammer – durch den Vorsitzenden Richter am VG ..., den Richter am VG ..., den Richter ... am ...
beschlossen:

1. Sachausspruch
Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:

- I.
- II.

Rechtsmittelbelehrung
Unterschriften



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (2)	



- 1. Gelten für den Aufbau/die Formalien des Beschlusses grds. die gleichen Vorgaben wie für das Urteil?**
- 2. Nenne bzgl. der Formalien die Unterschiede zum Urteil.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja. § 122 I VwGO** nennt § 117 VwGO zwar nicht. Jedoch ist der Verweis in § 122 I VwGO **unstreitig nicht abschließend**. Die meisten Vorschriften des 9. + 10. Abschnitts der VwGO gelten auch für Beschlüsse. Das gilt auch für § 117 VwGO.

2.
 - Der **Beschluss** ergeht **nicht „Im Namen des Volkes“**.
 - Da §§ 47 VI, 80 V, 80a, 123 I VwGO den Rechtsbehelf als **Antrag** bezeichnen, werden die Parteien „**Antragsteller**“ und „**Antragsgegner**“ genannt.
 - Bei einem Beschluss ist eine **mündliche Verhandlung** gem. **§ 101 III VwGO** nicht zwingend und wegen der Eilbedürftigkeit im vorläufigen Rechtsschutz i.d.R. auch nicht erfolgt. **Deshalb** muss im Rubrum der **Beratungstermin** („aufgrund der Beratung vom“) **oder** der **Entscheidungsstermin** („am“) mitgeteilt werden, abhängig von den Angaben in der Klausurakte.
 - **Außerhalb** der **mündlichen Verhandlung** wirken die **ehrenamtlichen Richter** gem. **§ 5 III 2 VwGO** **nicht** mit uns sind daher auch **nicht aufzuführen**.
 - Bei einem Beschluss wird die **Urteilsformel** mit „**beschlossen**“ und **nicht** mit „**für Recht erkannt**“ eingeleitet.
 - **Tenor:**
Da **Beschlüsse** gem. **§ 167 I VwGO i.V.m. § 794 I Nr. 3 ZPO** aus sich heraus **vollstreckbar** sind, **entfällt** die Tenorierung der **vorläufigen Vollstreckbarkeit**. **Stattdessen** wird die **Streitwertfestsetzung** mit in den Tenor aufgenommen, da sie auch durch Beschluss erfolgt (§ 63 II 1 GKG).
 - **Statt Tatbestand und Entscheidungsgründe** wird - wie beim WS-Bescheid - der **Begriff „Gründe“** verwendet.
 - **Statthafte Rechtsmittel** ist nicht die Berufung, sondern bzgl. der Sachentscheidung die **Beschwerde** gem. **§ 146 I, IV VwGO** und bzgl. der Streitwertfestsetzung die **Beschwerde** gem. **§ 68 I GKG**.

- 1. Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?**
- 2. Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. • **Gutachten zu bestimmten Rechtsfragen oder zu den Erfolgsaussichten eines WS/einer Klage/eines Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes.**
 - Entwurf eines **WS-Schreibens**.
 - Entwurf einer **Klageschrift**.
 - Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
 - Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
 - Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs vor der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab, insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Wie wird ein RA-Gutachten grds. aufgebaut?**
- 2. Erläutere die einzelnen Bestandteile eines RA-Gutachtens.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Aufbau RA-Gutachten:**

- a) **Sachbericht**
- b) **Rechtliche Würdigung**

Beachte: Schwerpunkt der Klausur ist **stets** die **rechtliche Würdigung**.

2. a) **Aufbau des Sachberichts**

- **Einleitungssatz (Indikativ Präsens)**
- **Unstreitiger Sachverhalt (Indikativ Imperfekt)**
- **Bisheriger Verfahrensablauf (Indikativ Perfekt)**
- **Ansichten des Mandanten (Konjunktiv Präsens)**
- **Gegenstand des erteilten Mandats (Indikativ Präsens)**

Beachte: Chronologischer Aufbau des Sachberichts **jedenfalls dann, wenn noch kein WS-Verfahren/gerichtliches Verfahren anhängig** ist, weil es dann noch nichts Streitiges geben kann, da noch nicht klar ist, was die Gegenseite bestreiten wird.

Die Angaben des Mandanten dürfen als wahr unterstellt werden, es sei denn, aus dem Aktenstück ergibt sich Gegenteiliges.

b) **Aufbau der rechtlichen Würdigung**

- **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs
- **Begründetheit** des Rechtsbehelfs
- **Zweckmäßigkeitserwägungen**
- **Handlungsvorschlag** (alternativ am Anfang der rechtl. Würdigung oder vor Sachbericht).

Beachte: Darstellung im **Urteilsstil**. Auf **Rechtsansichten des Mandanten** ist **zwingend einzugehen**.

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 LVwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 II LVwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom Gesetz (= abstrakt-generell).

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet**, **Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.



Mat.-rechtlicher Teil

VerwR-AT

Verwaltungsakt (2) - Geldleistungen

**§ 35 S. 1
LVwVfG**

Handelt es sich bei der Gewährung einer Geldleistung durch die Verwaltung um einen Verwaltungsakt?

Begründe Deine Antwort.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Nach **h.M.** ist entscheidend, ob der **Schwerpunkt des behördlichen Handelns** auf der **tatsächlichen Auszahlung** des Geldes liegt (dann **Realakt**) **oder** ob er bei der **vorgelagerten Entscheidung** liegt, die **Geldzahlung** überhaupt **zu gewähren** (dann **VA**). Für diese Schwerpunktbildung soll es insbes. darauf ankommen, **wie komplex** die **Entscheidung** über die Geldzahlung ist.

Nach der **Gegenauffassung** führt die Abgrenzung über eine **Schwerpunktbildung** zu **unvorhersehbaren Ergebnissen**. Nach dieser Ansicht ist die **Gewährung einer Geldleistung grds. kein VA**, weil die **Regelungswirkung fehlt**. **Ausnahmen:**

- **Gesetz verlangt** den vorherigen Erlass eines **VA**, z.B. § 48 III 4 LVwVfG.
- Vorheriger Erlass eines **VA** ist Voraussetzung, um einen **Rechtsgrund für die Zahlung** zu schaffen, z.B. Erlass eines Subventionsbescheids, damit der Empfänger die Auszahlung der Subvention begehren kann.

Beachte: Die gleiche Streitfrage existiert bzgl. der Erteilung einer behördlichen **Auskunft**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	



Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Jura Intensiv

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Evtl. Klagegegner

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis



Mat.-rechtlicher Teil

Prozessrecht

Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges (1)

**Allg.
VwGO**

- 1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?**
- 2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?**
- 3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.
2. § 40 I 1 VwGO:
 - a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**
 - b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**
 - c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**
3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (*vgl. Karteikarten POR*).

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (1)	

**Art. 28 II
GG**

- 1. Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
- 2. Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der LV?**
- 3. Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 71 I, II 1 LV**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

a) **Die Organisationshoheit**

b) **Die Personalhoheit**

c) **Die Planungshoheit**

d) **Die Finanzhoheit**

e) **Die Satzungshoheit**

f) **Die Kulturhoheit**

g) **Die Gebietshoheit**

h) **Die Daseinsvorsorge (=Auffanghoheit)**



Mat.-rechtlicher Teil	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (2)	

**Art. 28 II
GG**

Bestimme den Inhalt der Gemeindehoheiten.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Organisationshoheit** = Gemeinde entscheidet selbständig über **innere Verw.-Organisation** (z.B. Einrichtung von Ämtern, Dezernaten).
2. **Personalhoheit** = Gemeinde kann in eigener Verantwortung **Bedienstete einstellen, befördern und entlassen**.
3. **Planungshoheit** = Recht der Gemeinde, ihr **Gebiet selbständig zu beplanen, insbes.** durch den Erlass von **B-Plänen**.
4. **Finanzhoheit** = eigenverantwortliche **Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft**.
5. **Satzungshoheit** = Recht der Gemeinde, **zur Regelung eigener Angelegenheiten abstrakt-generelle Normen** zu schaffen, z.B. Benutzungssatzung für das Gemeindezentrum.
6. **Kulturhoheit** = Recht der Gemeinde, **Kultureinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten**, z.B. städtisches Theater.
7. **Gebietshoheit** = **jede Person/Sache**, die sich **im Gemeindegebiet** befindet, ist der **Rechtsmacht der Gemeinde unterworfen**, hat also insbes. die von der Gemeinde erlassenen Rechtsverordnungen und Satzungen zu beachten.
8. **Daseinsvorsorge** = **Auffang-TB**, erfasst alle Selbstverw.-Angelegenheiten, die nicht den anderen Gemeindehoheiten zu gewiesen werden können.



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	

**Art. 94 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde (VB).

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde: Art. 94 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG

I. Zuständigkeit des BVerfG: Abgrenzung zum Landesverfassungsgericht

Beachte: Das Landesverfassungsgericht ist in Bad.-Württ. der VerfGH mit Sitz in Stuttgart.

II. Beschwerdefähigkeit/Beteiligtenfähigkeit/Grundrechtsfähigkeit

Def.: Jedermann, der Träger von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten sein kann.

III. Prozessfähigkeit/Grundrechtsmündigkeit:

Def.: Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch einen selbst bestimmten Vertreter vorzunehmen.

Beachte: Abzustellen ist dabei auf die individuelle **Einsichtsfähigkeit** des Beschwerdeführers.

IV. Beschwerdegegenstand: Jeder Akt der öffentlichen Gewalt.

V. Beschwerdebefugnis:

1. Substantiierte Behauptung des Beschwerdeführers, durch den Akt der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein.
2. Selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

VI. Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität: Beschwerdeführer muss alle prozessualen Möglichkeiten zur Beseitigung der Grundrechtsverletzung in Anspruch genommen haben. Insbesondere darf er keinen zulässigen Rechtsbehelf versäumt haben.

VII. Form und Frist: §§ 23 I 1, 92, 93 I, III BVerfGG.



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Begründetheit VB - Freiheitsgrundrechte	

Art. 94 I
Nr. 4a
GG

Nenne die Voraussetzungen für die Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde bzgl. der Freiheits-Grundrechte.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Beachte: Die Verfassungsbeschwerde ist begründet, soweit in eines der **Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte** des Beschwerdeführers **eingegriffen** wurde **und** der Eingriff **nicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt** ist.

I. Schutzbereich

- 1. Persönlicher/personeller Schutzbereich**
- 2. Sachlicher Schutzbereich**

II. Eingriff in den Schutzbereich: Klassischer und mittelbarer Eingriffsbegriff

III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in den Schutzbereich

- 1. Festlegung der Schranke**
- 2. Schranken-Schranken**
 - a) Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden formellen Gesetzes**
 - aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit:** Zustandekommen des Gesetzes
 - bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit:** Insbesondere Verhältnismäßigkeitsprinzip
 - b) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden materiellen Gesetzes**
 - c) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des Einzelaktes:** Verhältnismäßigkeitsprinzip



Mat.-rechtlicher Teil	POR
Maßnahme der Polizei (1)	



Stelle die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Polizei am Beispiel der Generalklausel dar. Definiere dabei auch die Tatbestandsmerkmale.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Rechtsgrundlage der Maßnahme

Spezialermächtigung: z.B. § 15 I, III VersG.

Standardmaßnahme: §§ 27 ff. PolG.

Generalklausel: §§ 1 I, 3 PolG (**Auffangnorm**).

II. Formelle Rechtmäßigkeit

1. Zuständigkeit:

Grds. zuständig: **BM/ OB als Ortspolizeibehörde**, §§ 1 I, 105 I, 106 I Nr. 4, 107 IV PolG i.V.m. § 44 III 1 GemO.

Eilfallkompetenz: **Regionales Polizeipräsidium**, §§ 1 I, 105 II, 115 I Nr. 1, 121 I PolG i.V.m. § 23 I, III 1 DVO PolG.

Beachte: **Ausschließliche Zuständigkeit des Polizeivollzugsdienstes, wenn nur er in einer Vorschrift zu einem Handeln ermächtigt** wird, z.B. § 50 I 1 PolG.

Zudem **Parallelkompetenz** bei vielen Standardmaßnahmen gem. § 105 III PolG.

Weiterhin gibt es in Bad.-Württ. vereinzelt noch die „**Besonderen Polizeibehörden**“ i.S.d. § 106 II PolG, z.B. Art. 32 II 1 LV. Sie nehmen zwar polizeiliche Aufgaben wahr, stehen jedoch außerhalb des normalen Verwaltungsaufbaus (= Ministerium, Regierungspräsidium, Landkreise, Städte und Gemeinden). Schließlich kennt das PolG auch noch „**andere Stellen**“, § 2 I PolG. Hier handelt es sich zwar um Behörden des normalen Verwaltungsaufbaus, ihre Befugnisse sind jedoch abschließend in Spezialgesetzen geregelt, sie können daher auch **nicht auf das PolG zurückgreifen**, z.B. die Feuerwehr gem. § 1 I 2 FwG.

Zum **Subsidiaritätsgrundsatz** des § 2 II PolG und zum Problem der sog. **Störereigenschaft von Hoheitsträgern**: s. die speziellen Karteikarten.

2. **Verfahren/Form:** §§ 28, 37 II, 39 I LVwVfG, falls ein VA vorliegt.

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte



Mat.-rechtlicher Teil	POR
Maßnahme der Polizei (2)	



Fortsetzung der vorangehenden Karteikarte („Maßnahme der Polizei (1)“)

Jura Intensiv

III. Materielle Rechtmäßigkeit

1. Tatbestand

a) Schutzgutbetroffenheit:

aa) Öffentliche Sicherheit:

Def.: Schutz der gesamten Rechtsordnung, aller Individualrechtsgüter sowie des Bestandes und der Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen.

bb) Öffentliche Ordnung:

Def.: Gesamtheit aller ungeschriebenen Verhaltensregeln, deren Beachtung nach herrschender Anschauung Voraussetzung für ein geordnetes Zusammenleben ist (subsidiär gegenüber öff. Sicherheit, selten).

b) Konkrete Gefahr

Def.: Aus ex ante Perspektive besteht die hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass es in absehbarer Zeit zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung kommen wird.

c) Verursacher: §§ 6, 7, 9 PolG

Def.: Kausal für eine Gefahr ist derjenige, dessen Verhalten bzw. dessen Sache **unmittelbar** die **Gefahr setzt** und damit die Gefahrenschwelle überschreitet (**Theorie der unmittelbaren Verursachung**).

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte



Mat.-rechtlicher Teil	StaatshaftungsR
Anspruchsgrundlagen Staatshaftungsrecht	



Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **§ 100 I 1 PolG:** Gefahrenabwehrrecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	StaatshaftungsR
Amtshaftungsanspruch (1)	

Art. 34 GG, § 839 BGB
--

- 1. Was für eine Rechtskonstruktion liegt dem Amtshaftungsanspruch zugrunde?**
- 2. Welche Voraussetzungen hat der Amtshaftungsanspruch?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Dem Amtshaftungsanspruch liegt als Rechtskonstruktion eine sog. **übergeleitete Haftung** zugrunde. Das bedeutet, **über § 839 I 1 BGB** entsteht für eine **juristische Sekunde** eine **Haftung in der Person des Beamten als Privatperson**. Diese **Haftung** wird **gem. Art. 34 S. 1 GG** dann **übergeleitet auf den Staat**. Der Staat haftet also so wie sein **Beamter als Privatperson haften würde**.

Diese Grundkonstruktion wirkt sich bei den Prüfungspunkten „§ 839 I 2 BGB“ und „Rechtsfolge“ aus (*s. dazu die nachfolgenden Karteikarten*).

2. **Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs:**
 - a) **Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes**
 - b) **Amtspflichtverletzung**
 - c) **In Ausübung** (= Amtspflichtverletzung ist dem hoheitlichen Handeln zurechenbar)
 - d) **Drittbezug der verletzten Amtspflicht**
 - e) **Verschulden**
 - f) **Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden**
 - g) **Ausschlussgründe**
 - h) **Rechtsfolge: Schadensersatz, §§ 249ff. BGB**
 - i) **Passivlegitimation/Anspruchsgegner**

Zuständiges Gericht: Streitwertunabhängige Zuständigkeit des LG, Art. 34 S. 3 GG i.V.m. § 40 II 1

3. Fall VwGO i.V.m. § 71 II Nr. 2 GVG.

- 1. Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**
- 2. Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Bauleitpläne sind gem. § 1 II BauGB der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.

Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob“ sind die Darstellungen im F-Plan.

Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus dem F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt möglich, indem der B-Plan mit dem Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam. Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. § 35 III 3 BauGB. Sie (aber auch nur diese Darstellungen) können unmittelbar angegriffen werden, nach h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO, nach a.A. gem. § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 4 AGVwGO.
Der **B-Plan** ist gem. § 10 BauGB eine **Satzung** und kann gem. § 47 I Nr. 1 VwGO mit der Normenkontrolle überprüft werden.



Mat.-rechtlicher Teil	BauR
Bauleitplanverfahren	

**§§ 1ff.
BauGB**

Stelle den groben Ablauf eines Bauleitplanverfahrens dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Schritt: **Planaufstellungsbeschluss** (fakultativ).
2. Schritt: **Frühzeitige Beteiligung** der **Öffentlichkeit** und **Unterrichtung** der **betroffenen Behörden** (= die Behörden, die den Bauleitplan bei ihrer Aufgabenwahrnehmung zu beachten haben, z.B. Straßenbaubehörde), §§ 3 I, 4 I BauGB.
3. Schritt: **Erstellung** der **Planentwürfe**.
4. Schritt: **Auslegung** der **Planentwürfe**, **Beteiligung** der **Öffentlichkeit** und **Stellungnahmen** der **betroffenen Behörden**, §§ 3 II, 4 II BauGB.
5. Schritt: **Überarbeitung** der Planentwürfe.
6. Schritt: **Beschluss** des **Bauleitplans** durch den Gemeinderat **oder** im **Falle der Abänderung des Bauleitplans** infolge der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung **nochmalige Auslegung** gem. § 4a III BauGB.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. In welchen Gesetzen ist das Ausländerrecht im Wesentlichen geregelt?**
- 2. In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**
- 3. Wie kann das allgemeinere Gesetz grds. unterteilt werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **AusländerR** ist im AufenthG und im FreizügG/EU geregelt.
2. Das **FreizügG/EU** ist **lex specialis**, § 1 II Nr. 1 **AufenthG**. Es regelt Einreise und Aufenthalt von **EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen**. Diese stehen unter einem besonderen europarechtlichen Schutz, **vgl. Art. 21 AEU**.
§ 11 I **FreizügG/EU** regelt, welche Bestimmungen des AufenthG auf EU-Bürger entsprechend anzuwenden sind.
3. Das **AufenthG** als das **allgemeinere Gesetz** lässt sich in **2 große Bereiche** unterteilen:
§§ 1-49b **AufenthG** befassen sich primär mit **Einreise und Aufenthalt** im Bundesgebiet.
§§ 50-70 **AufenthG** normieren die **Beendigung des Aufenthalts**. **Daneben** gibt es noch **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** in §§ 71-74, §§77-85 **AufenthG**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	AusländerR
Passpflicht und Aufenthaltstitel	

Einreise/ Aufent- halt

- 1. Müssen Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet Besitzer eines Passes sowie Inhaber eines Aufenthaltstitels sein?**
- 2. In welcher Form wird der Aufenthaltstitel erteilt?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Grds. ja, §§ 3 I, 4 I 1 AufenthG, es sei denn, sie sind kraft Gesetzes von dieser Pflicht befreit. Für die Passpflicht sind Befreiungen in §§ 2ff. AufenthV, für die Aufenthaltstitel in §§ 15ff. AufenthV normiert

Insbes. EU-Bürger bedürfen gem. § 2 IV 1 FreizügG/EU keines Aufenthaltstitels. Sie erhalten lediglich gem. § 5 I FreizügG/EU eine amtliche Aufenthaltsbescheinigung als Legitimationsdokument.

2. Der Aufenthaltstitel wird gem. § 4 I 2 AufenthG erteilt als:

- Visum
- Aufenthaltserlaubnis
- Blaue Karte EU
- Niederlassungserlaubnis
- Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	AusländerR
Arten des Aufenthaltstitels	

**§§ 6-9a
AufenthG**

Erläutere die einzelnen Aufenthaltstitel.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Grundwissen zum BeamtenR	



- 1. Was ist kennzeichnend für einen Beamten? Wie unterscheidet er sich vom Richter?**
- 2. Was ist der öffentliche Dienst?**
- 3. Wie unterscheidet sich ein Beamter von einem Angestellten im öffentlichen Dienst?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Für einen Beamten sind **folgende Merkmale kennzeichnend:**
 - **beschäftigt** bei einer **jur. Person des öff. Rechts**
 - steht in einem **öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis**
 - ist **dauerhaft** mit der **Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben** betraut.**Abgrenzung zum Richter.** Der **Richter** ist im Gegensatz zum Beamten **weisungsunabhängig**, hat **ansonsten** aber eine **beamtenähnliche Stellung**.
2. Zum **öff. Dienst** gehören **alle Personen**, die **bei einer jur. Person des öff. Rechts beschäftigt** sind.
3. Ein **Angestellter** steht im Gegensatz zum Beamten **nicht** in einem **öff.-rechtlichen Dienstverhältnis**, **sondern** hat einen **zivilrechtlichen Arbeitsvertrag** mit einer jur. Person des öff. Rechts. Er **wird** folglich auch **nicht** nach den Besoldungstabellen **besoldet**, sondern nach einem **Tarifvertrag** bezahlt.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Rechtliche Grundlagen (1)	



Erläutere kurz den Inhalt des Art. 33 II-V GG.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Art. 33 II GG:

Normiert das sog. **Prinzip der Bestenauslese**. Nur die dort genannten Kriterien dürfen dem Zugang zu einem öff. Amt zugrunde gelegt werden.

Leistung = Fachwissen, Fachkönnen, Bewährung im Amt.

Befähigung = Allgemeinwissen, Begabung, Lebenserfahrung.

Eignung = alle sonstigen geistigen, körperlichen, charakterlichen Eigenschaften.

2. Art. 33 III GG:

Wiederholt an sich nur **Art. 3 III 1 7. + 8. Fall GG, ist aber** gegenüber Art. 3 III 1 GG **spezieller**. Wird **geprüft wie ein Verstoß gegen** den allg. Gleichheitssatz aus **Art. 3 I GG** (Ungleichbehandlung und verfassungsrechtliche Rechtfertigung).

3. Art. 33 IV GG:

Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums, da nur Beamte in einem öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

4. Art. 33 V GG:

Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums sind nur solche **Strukturprinzipien**, die **mindestens seit der Weimarer Zeit anerkannt** sind, z.B. Alimentationsprinzip, Anspruch auf Vollbeschäftigung, Streikverbot, Pflicht zur Treue zur Verfassung. Eine **einfach-gesetzliche Konkretisierung** findet sich **in den Beamtengesetzen** des Bundes und der Länder in dem Abschnitt über die Rechte und Pflichten der Beamten, z.B. §§ 60ff. BBG, §§ 47ff. LBG.



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Systematische Einordnung des StraßenR	



- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.

2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall VwVfG**.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.

 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Arten der öffentlichen Sachen	



Welche Arten der öffentlichen Sachen gibt es? Erläutere sie.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Es gibt **4 Arten**:

- Öff. Sachen im **Gemeingebrauch**
= öffentliche Sache steht **jedermann ohne besondere Zulassung zur Verfügung**, z.B. öffentliche Straßen, Gewässer in ihrer Eigenschaft als Wasserwege.
- Öff. Sachen im **Anstaltsgebrauch**
= die **Nutzung** der öff. Sache **bedarf** einer **behördlichen Erlaubnis**, z.B. Zugang zum Theater oder Museum.
Die Zulassung kann konkludent erfolgen, z.B. durch automatischen Einlass in das Schwimmbad nach Zahlung des Eintrittsentgelts.
- Öff. Sachen im **Sondergebrauch**
= die öff. Sache steht **i.d.R. nicht jedermann**, sondern **nur demjenigen zur Verfügung**, der eine **besondere Erlaubnis besitzt**, z.B. Nutzung eines Gewässers zu wasserwirtschaftlichen Zwecken (Entnehmen und Ableiten von Wasser).
- Öff. Sachen im **Verwaltungsgebrauch**
= die öff. Sache **wird von der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt**, z.B. Dienstwagen des BM, Büro im Rathaus.
Grds. kein Nutzungsrecht des Bürgers, es sei denn, die Nutzung wird ihm gestattet, z.B. Zutritt zum Bürgeramt im Rathaus.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Europarecht
Grundlagen	



- 1. Worauf basiert die Europäische Union?**
- 2. Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
- 3. Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen der **EU-Vertrag** sowie der **AEU-Vertrag** (=Vertrag über die Arbeitsweise der EU) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag** die **Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag** demgegenüber die **Detailregelungen**.
2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV** **Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.
Einen **Staat** stellt die **EU nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
Eine **reine internationale Organisation** liegt ebenfalls **nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht haben.
3. Die **EU** besitzt laut **Art. 335 AEUV** **eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die **EU** auch **partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.



Mat.-rechtlicher Teil

Europarecht

Rechtsquellen des EU-Rechts (1)

**Allg. EU/
AEUV**

- 1. Welche beiden Rechtsquellen werden im Rahmen des EU-Rechts unterschieden?**
- 2. Nenne die Bestandteile dieser beiden Rechtsquellen.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die Rechtsquellen des EU-Rechts lassen sich in das sog. **primäre EU-Recht** und das **sekundäre EU-Recht** aufspalten.

- 2.a) Das **primäre EU-Recht** kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **EU-Vertrag, AEU-Vertrag samt Anhängen, Protokollen, Ergänzungen und Änderungen**
 - bb) **Grundrechte-Charta, Art. 6 EUV**
 - cc) **Ungeschriebenes Primärrecht/allgemeine Rechtsgrundsätze**, z.B. Rückwirkungsverbot, Bestimmtheitsgebot, Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl. Art. 2 EUV).

- b) Das **sekundäre EU-Recht** findet sich **insbesondere** in **Art. 288 AEUV** wieder und kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **Verordnung**: Art. 288 II AEUV
 - bb) **Richtlinie**: Art. 288 III AEUV
 - cc) **Beschlüsse**: Art. 288 IV AEUV
 - dd) **Empfehlungen und Stellungnahmen**: Art. 288 V AEUV

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Wasserrecht
Systematik des Wasserrechts	



- 1. In welchen Gesetzen ist das Wasserrecht im Wesentlichen geregelt?**
- 2. In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **WasserR** ist im Wasserhaushaltsgesetz (**WHG**) und im Wassergesetz für Baden-Württemberg (**WG**) geregelt.
2. Das **WHG** ist **unmittelbar geltendes Bundesrecht**, gestützt auf Art. 74 I Nr. 32 GG. Es geht daher grds. dem WG vor. Allerdings besteht für die Bundesländer eine **Abweichungskompetenz** gem. **Art. 72 III 1 Nr. 5 GG**. Daher muss stets geprüft werden, ob im konkreten Fall abweichendes Landesrecht Vorrang hat vor dem WHG. Der Landesgesetzgeber hat diese Prüfung dadurch erleichtert, dass er in den amtlichen Überschriften des WG auf die jeweilige Bestimmung des WHG Bezug nimmt.

Raum für eigene Anmerkungen:

**Anspruch auf Erlaubnis bzw. Bewilligung
(1)**

**Erlaubnis/
Bewilli-
gung**

- 1. Was gibt es für Arten einer wasserrechtlichen Zulassung? Wie unterscheiden sie sich?**
- 2. Skizziere grob den Prüfungsaufbau eines Anspruchs auf Erteilung einer wasserrechtlichen Zulassung.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Es gibt die „**einfache**“ Erlaubnis (§ 10 I 1. Fall WHG), die **gehobene Erlaubnis** (§ 15 I WHG) und die **Bewilligung** (§ 10 I 2. Fall WHG).

Die „**einfache**“ Erlaubnis gewährt nur die **Befugnis** zur Gewässerbenutzung. Die **Bewilligung** gewährt ein **Recht** zur Gewässerbenutzung. Die **gehobene Erlaubnis** vermittelt eine **bessere Rechtsposition als** die „**einfache**“ Erlaubnis (vgl. § 16 I WHG), **bleibt jedoch hinter der Bewilligung zurück** (vgl. §§ 13 III, 16 II WHG).

2. I. **Anspruchsgrundlage**

„Einfache“ Erlaubnis: § 8 I i.V.m. § 10 I 1. Fall WHG.

Gehobene Erlaubnis: § 8 I i.V.m. § 15 I WHG.

Bewilligung: § 8 I i.V.m. § 10 I 2. Fall WHG.

II. **Formelle Anspruchsvoraussetzungen**

III. **Materielle Anspruchsvoraussetzungen**

1. Gewässer i.S.d. WHG, §§ 2 I, 3 Nr. 1-3 WHG
2. Benutzung i.S.d. § 8 I WHG
3. Allgemeine Voraussetzungen für die Erlaubnis bzw. Bewilligung, § 12 WHG
4. Spezielle Voraussetzungen, §§ 14, 15 WHG
5. Rechtsfolge: Ermessen, § 12 II WHG

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	ImmissionsschutzR
Systematik des Immissionsschutzrechts	



- 1. Wie ist der Immissionsschutz unterteilt?**
- 2. Welche Gesetze gibt es und was regeln sie?**
- 3. Wie ist der anlagenbezogene Immissionsschutz zu unterteilen?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das ImmissionsschutzR ist unterteilt in den **Bundesimmissionsschutz** und den **Landesimmissionsschutz**.
2. Der **Bundesimmissionsschutz** ist im Bundesimmissionsschutzgesetz (**BImSchG**) normiert und erfasst primär **anlagenbezogene** Emissionen und Immissionen. Der **Landesimmissionsschutz** erfasst **verhaltensbezogene** Emissionen und Immissionen. Ein Landesimmissionsschutzgesetz (**LImSchG**) gibt es in Bad.-Württ. **nicht**. Verhaltensbezogene Emissionen und Immissionen sind daher durch das **allg. Polizeirecht (PolG)** zu bekämpfen.
3. Der anlagenbezogene Immissionsschutz ist zu unterteilen in **genehmigungsbedürftige** Anlagen (§§ 4 ff. **BImSchG**) und **nicht genehmigungsbedürftige** Anlagen (§§ 22 ff. **BImSchG**).

Raum für eigene Anmerkungen:

**Genehmigungsbedürftige Anlagen:
Anspruch auf Genehmigung (1)**

**§§ 4 ff.
BImSchG**

Skizziere grob den Prüfungsaufbau eines Anspruchs auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für eine genehmigungsbedürftige Anlage.

Raum für eigene Anmerkungen:

I. Anspruchsgrundlage

§ 6 BImSchG.

II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen

1. Zuständigkeit

Grds. zuständig sind die Oberbürgermeister und Landratsämter als untere Immissions-schutzbehörden gem. § 1 I, II 1 Nr. 3, III ImSchZuVO i.V.m. § 15 I, II LVG.

2. Verfahren

3. Formgerechter Antrag, § 10 I, Ia BImSchG i.V.m. 9. BImSchVO

III. Materielle Anspruchsvoraussetzungen

1. Genehmigungsbedürftigkeit

2. Genehmigungsfähigkeit

a) Tatbestand

aa) § 6 I Nr. 1 BImSchG

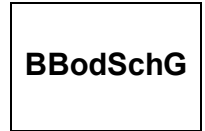
bb) § 6 I Nr. 2 BImSchG

b) Rechtsfolge: Gebundene Entscheidung

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BodenschutzR
Systematik des Bodenschutzes	



- 1. Wie ist der Bodenschutz unterteilt?**
- 2. Welche Gesetze gibt es und wie ist ihr Verhältnis zueinander?**
- 3. Welche Vorschriften im BauR sind bodenschutzrechtlich bedeutsam?**
- 4. Wo ist der Anwendungsbereich des BBodSchG geregelt? Wo ist insbes. das Verhältnis zum BImSchG normiert?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das BodenschutzR ist unterteilt in den **Bundesbodenschutz** und den **Landesbodenschutz**.
2. Der **Bundesbodenschutz** ist normiert im **Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)** und in der **Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)**. Der **Landesbodenschutz** ist im **Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG)** geregelt, das primär **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** sowie **ergänzende Bestimmungen zum BBodSchG** beinhaltet.
3. **§ 35 III 1 Nr. 5 BauGB** verweist für die Zulässigkeit von **Bauvorhaben im Außenbereich** auf das BBodSchG.
Für die **Bauleitplanung** enthält **§ 1a II BauGB** ein sog. **Optimierungsgebot**, d.h. dem Belang des Bodenschutzes kommt bei der planerischen Abwägung nach § 1 VII BauGB ein relativ höheres Gewicht als anderen Belangen zu.
4. **Anwendungsbereich** ist **generell** in **§ 3 BBodSchG** geregelt. **Speziell** das Verhältnis zum **BImSchG** ist normiert in **§ 3 I Nr. 11, III BBodSchG**.

Raum für eigene Anmerkungen:

Skizziere grob den Prüfungsaufbau der Rechtmäßigkeit einer Untersuchungsanordnung.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Ermächtigungsgrundlage für die Untersuchungsanordnung

§ 9 II 1 BBodSchG.

II. Formelle Rechtmäßigkeit der Untersuchungsanordnung

1. Zuständigkeit

Grds. zuständig sind die Oberbürgermeister und Landratsämter als untere Bodenschutz- und Altlastenbehörden gem. § 16 I 1, II Nr. 3, III 1 LBodSchAG i.V.m. § 15 I, II LVG.

2. Verfahren/Form

III. Materielle Rechtmäßigkeit der Untersuchungsanordnung

1. Hinreichender Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast

2. Verantwortlichkeit

3. Rechtsfolge: Ermessen

a) Entschließungsermessen („OB“)

b) Auswahlermessen („WIE“)

aa) Auswahl des richtigen Verantwortlichen

bb) Auswahl des richtigen Mittels

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil

NaturschutzR

Systematik des Naturschutzrechts

**BNatSchG/
NatSchG**

- 1. Wie ist das Naturschutzrecht unterteilt?**
- 2. Welche Gesetze gibt es und wie ist ihr Verhältnis zueinander?**
- 3. In welchem Bereich spielt das Naturschutzrecht in Klausuren am ehesten eine Rolle?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das NaturschutzR ist unterteilt in das **Bundesnaturschutzrecht** und das **Landesnaturschutz**.
2. Das **Bundesnaturschutzrecht** ist normiert im **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)**. Das **Landesnaturschutzrecht** ist im **Landesnaturschutzgesetz (NatSchG)** geregelt. Das **BNatSchG** ist **unmittelbar geltendes Bundesrecht**, jedoch steht den **Ländern** im Rahmen des **Art. 72 III 1 Nr. 2 GG** das Recht zu, vom Bundesrecht abzuweichen (sog. **Abweichungskompetenz**). In der Klausur muss daher stets genau geprüft werden, ob abweichendes Landesrecht Vorrang hat vor dem Bundesrecht.
3. Typischerweise tritt das NaturschutzR in Klausuren im Zusammenhang mit dem **BauR** auf, indem es z.B. im Zuge eines **Baugenehmigungsverfahrens** zu berücksichtigen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

Eingriff in Natur und Landschaft: Begrifflichkeit

- 1. Wo ist der Begriff „Eingriff in Natur und Landschaft“ legal definiert?**
- 2. Wo ist das Merkmal „Naturhaushalt“ legal definiert?**
- 3. Was versteht man unter „Landschaftsbild“?**
- 4. Wann liegt eine „erhebliche Beeinträchtigung“ i.S.d. § 14 I BNatSchG vor?**
- 5. Darf der Landesgesetzgeber von den §§ 13 ff. BNatSchG abweichen?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. § 14 I BNatSchG.
2. § 7 I Nr. 2 BNatSchG.
3. Das **Landschaftsbild** wird durch die **mit dem Auge wahrnehmbaren Zusammenhänge** von einzelnen **Landschaftselementen** bestimmt.
4. Eine **erhebliche Beeinträchtigung** ist jede **Veränderung**, die **nicht unwesentlich ist**, z.B. **Errichtung baulicher Anlagen**, Ausbau von Gewässern. Erforderlich ist eine Wirkungsprognose, d.h. neben dem aktuellen Zustand sind die **voraussehbaren künftigen Entwicklungen einzubeziehen**, z.B. geplante Errichtung eines Bauwerks. **Speziell** für das **Merkmal „Landschaftsbild“** kommt es auf einen „**Durchschnittsbetrachter**“ an, der den Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossen gegenübersteht. Beachte für die **Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft** die Spezialbestimmungen des § 14 II, III BNatSchG.
5. **Nein**, es handelt sich hier um einen sog. **abweichungsfesten Kern**, vgl. Art. 72 III 1 Nr. 2 GG („allgemeine Grundsätze des Naturschutzes“).

Raum für eigene Anmerkungen:

Behörde

BM/ OB

Rechtsträger/ Passivlegitimierter

Gemeinde/Stadt

Landratsamt

Landkreis

Landratsamt als **untere Verwaltungsbehörde**

Land
(**Organleihe**, § 1 III 2 LKrO)

Regierungspräsidium

Land

Polizeivollzugsdienst

Land

Landesminister

Land

Jura Intensiv



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!